



Sitzungsprotokoll

Kreistag

Sitzungstermin:	Montag, 20.07.2015
Sitzungsdauer:	14:00 bis 17:35 Uhr
Sitzungsraum:	Ritterakademie, Am Graalwall, 21335 Lüneburg
Sitzungsart:	öffentlich

Lüneburg, den 13. Oktober 2015

Dieses Dokument wurde elektronisch erstellt.

Die erforderlichen Unterschriften befinden sich auf dem Originalprotokoll in der Kreisverwaltung.

Anwesenheitsliste

Nahrstedt, Manfred - Landrat
Aden-Meyer, Antje - Grüne fehlt entschuldigt
Bahlburg, Andreas - CDU
Bauschke, Tanja - Grüne
Blume, Alexander - CDU
Bollmann, Peter - Grüne
Prof. Dr. Bonin, Hinrich - SPD
Brockmann-Wittich, Stefi - Grüne
Dammann, Günter - CDU fehlt entschuldigt
Dieckmann-Kirks, Melanie - Grüne ab 15.15 Uhr (TOP 8)
Dittmers, Rainer - SPD
Dubber, Günter - CDU
Dziuba-Busch, Ingrid - CDU
Fricke, Heinz - SPD
Führinger, Hans-Georg - CDU
Gaus, Michael - Grüne
Glodzei, Oliver - Grüne
Gödecke, Martin - Die Unabhängigen
Gollers, Dagmar - Grüne
Gründel, Achim - SPD
Hein, Bernd - SPD
Heuer, Harald - CDU
Hoffmann, Matthias - SPD
Hövermann, Jürgen - CDU
Hublitz, Dieter - CDU
Jaschke, Bernd - Die Linke fehlt entschuldigt
Kamp, Franz-Josef - SPD
Dr. Kämpny, Niels - FDP
Kastens, Wilhelm - CDU
Köhlbrandt, Andreas - SPD
Kork, Annette - CDU
Kruse-Runge, Petra - Grüne
Marten, Wolfgang - SPD
Mertz, Brigitte - SPD bis 17.15 Uhr (TOP 9)
Meyn, Herbert - SPD bis 17.15 Uhr (TOP 9)
Minks, Stefan - SPD

Mues, Stefan - Die Unabhängigen
Neumann, Birgit - SPD
Niemann, Holger - UWL/Bündnis Rechte
Perschel, Meinhard - CDU
Peters, Martin - SPD
Plaschka, Gisela - FDP bis 17.15 Uhr (TOP 9)
Rehfeldt, Rolf - Grüne
Rieckmann, Thomas - Grüne
Salewski, Klaus-Dieter - SPD
Schmidt, Inge - CDU
Schröder-Ehlers, Andrea - SPD
Schultz, Jens-Peter - SPD
Schulz-Hendel, Detlev - Grüne
Stange, Elke - SPD
Staudte, Miriam - Grüne
Stoll, Frank - Die Linke
Thielbörger, Renate - SPD
Thiemann, Norbert - CDU
Tiedemann, Evelin - CDU ab 14.12 Uhr (TOP 1)
Wald, Bernd - RRP
Waldau, Jan - CDU
Walter, Ulrike - CDU
Ziemer, Nicole - SPD
Alkushovski, Anna - Verwaltung Protokollführerin
Bartels, Elena - Verwaltung Pressesprecherin
Krumböhmer, Jürgen - Erster Kreisrat
Ruth, Sigrid - Fachdienstleiterin
Scherf, Monika - Kreisrätin

Tagesordnung:
(öffentlich)

1. Einwohnerfragestunde gemäß § 6 Ziffer 1 Geschäftsordnung
2. Eröffnung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung vom 01.06.2015

5. Benennung eines stellvertretenden Mitglieds für den Verwaltungsrat der GfA Lüneburg - gkAöR und den Aufsichtsrat der DIENLOG GmbH
Vorlage: 2015/153
6. Neuwahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter bei dem Verwaltungsgericht Lüneburg für die Amtszeit vom 19. Juli 2015 bis 18. Juli 2020;
Vorschlagsliste
(im Stand der 1. Aktualisierung vom 20.07.2015)
Vorlage: 2015/155
7. Berufung der Kreiswahlleitung für die Kommunalwahlen 2016
Vorlage: 2015/156
8. Planung einer Elbbrücke bei Neu Darchau
(im Stand der 2. Aktualisierung vom 07.07.2015)
Vorlage: 2015/163
9. Jahresabschluss und Konsolidierter Gesamtabchluss des Landkreises Lüneburg für das Haushaltsjahr 2013, Schlussberichte des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Konsolidierten Gesamtabchlusses, Entlastung des Landrats für das Haushaltsjahr 2013
Vorlage: 2015/140
10. Bekanntgabe der Aufnahme eines Kommunaldarlehens in Höhe von 6.000.000 Euro aus der Kreditermächtigung 2014
Vorlage: 2015/147
11. Änderung des Gesellschaftsvertrags und der Geschäftsordnung des Aufsichtsrates der Theater Lüneburg GmbH
Vorlage: 2015/171
12. Einrichtung von Ausbildungsplätzen zum 01.08.2016
Vorlage: 2015/133
13. Antrag der Gruppe FDP/Die Unabhängigen vom 15.06.2015 (Eingang: 22.06.2015);
Karriereportal Lüneburg - Einführung der formulargestützten Onlinebewerbung im Landkreis Lüneburg
Vorlage: 2015/167
14. Bericht des Landrats über wichtige Angelegenheiten
- 14.1. Breitbandausbau
15. Schriftliche Anfragen gem. § 17 Abs. (2) Geschäftsordnung
- 15.1. Anfrage der Gruppe FDP/Die Unabhängigen vom 22.06.15 (Eingang: 24.06.15);
Zustand der Kreisstraße Heiligenthal-Rettmer K36
Vorlage: 2015/170

- 15.2. Anfrage der Gruppe FDP/Die Unabhängigen vom 24.06.15 (Eingang: 29.06.15);
Cyberangriffe auf kommunale Daten - Schutz der Datensicherheit im Landkreis Lüneburg
Vorlage: 2015/176
16. Mündliche Anfragen aus aktuellem Anlass gemäß § 17 Abs. (3) Geschäftsordnung
17. *Nichtöffentlich*
18. Bei Behandlung eines nichtöffentlichen Tagesordnungspunktes Herstellung der Öffentlichkeit sowie Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse und Schließung der Sitzung

Protokoll:
(öffentlich)

TOP-Nr. 1 Einwohnerfragestunde gemäß § 6 Ziffer 1 Geschäftsordnung

Vors. Fricke fragt, ob jemand aus den Reihen der Zuhörerinnen und Zuhörer zur Einwohnerfragestunde Fragen an den Landrat richten möchte.

Es meldet sich **Herr Klaus S.** aus Reppenstedt zu Wort. Er fragt, ob auch für das Amt Neuhaus die Aussage gelte „Nun soll zusammenwachsen, was zusammen gehöre“. Er möchte zur Brücke wissen, was es mit dem Slogan „Wir für uns“ des SPD-Logos auf sich habe und für wen das „Wir“ genau stehe, ob nur für die SPD-Mitglieder oder auch für das Amt Neuhaus.

LR Nahrstedt antwortet, dass das selbstverständlich auch für das Amt Neuhaus gelte. Es sei zu kurz gespungen, dies von einer Brücke abhängig zu machen. Die SPD sei bemüht, die Interessen der großen bürgerlichen Mitte zu verbinden, was sich in dem Logo widerspiegelt. Er sei in keiner Gemeinde so häufig wie im Amt Neuhaus und er appelliere, die Brücke nicht als einzige Möglichkeit des Zusammenwachsens zu sehen und zu idealisieren.

Herr Detlev D., Ortsvorsteher von Neuhaus meldet sich zu Wort. Die absolute Mehrheit von Neuhaus wünsche sich die Brücke. 22 Jahre lang werde sie nun schon versprochen. Die Enttäuschung und Wut der Bürgerinnen und Bürger über die Machtlosigkeit sei groß. Die Neuhäuser wollen und brauchen diese Brücke. Er möchte wissen, wie der Landrat und die Koalitionspartner zu der Aussage stehen, dass wirklich intensive Bemühungen bei der Finanzierung unternommen wurden, um beispielsweise Mecklenburg-Vorpommern, den Bund oder Brüssel in die Finanzierung mit einzubeziehen oder ob alles nur halbherzig erfolgte.

LR Nahrstedt antwortet, dass er zu der Brücke stehe und immer stand und alles getan habe, um sich für die Brücke einzusetzen. Er sage aber auch deutlich, dass die Brücke finanzierbar sein müsse. Die Brücke wurde einst auf die Ortsebene heruntergestuft. Die Kosten haben mit einer Kostenschätzung von fast 60 Mio. Euro eine Höhe erreicht, die sich der Landkreis Lüneburg nicht mehr leisten könne, auch wenn er es wolle. Er habe zahlreiche, intensive Gespräche mit verschiedenen Gesprächspartnern geführt. Neuhaus zähle zu Niedersachsen und Niedersachsen könne nicht vom Solidaritätszuschlag profitieren, denn die Brücke sei ein örtliches Projekt. Auch alle anderen nur denkbaren Finanzierungsmöglichkeiten haben sich zerschlagen.

Bürgermeisterin Richter, Amt Neuhaus, möchte von LR Nahrstedt wissen, ob er ja oder nein zur Brücke sagt.

LR Nahrstedt antwortet, dass die Brücke für den Landkreis Lüneburg nicht finanzierbar sei.

Herr Heinrich H. vom Brückenverein e.V. meldet sich zu Wort und betont, dass das Amt Neuhaus und der Ostkreis die Brücke brauchen. Er fragt, wie man sonst verkehrstechnisch das Amt Neuhaus an den restlichen Landkreis anschließen wolle? Wenn es sich für 4 000 Einwohner nicht lohnen sollte, eine Brücke zu bauen, frage er sich, wieviel der SPD-Fraktion ein Mensch wert sei. Er möchte wissen, was getan werde, dass das Amt Neuhaus, etwa durch Abwanderungen, nicht noch weiter ins Abseits gerät.

LR Nahrstedt antwortet, dass ein Mensch unbezahlbar sei. Er wiederholt, dass sich der Landkreis Lüneburg diese Brücke nicht leisten könne. Der demografische Wandel im Ostkreis hänge nicht davon ab, ob die Brücke gebaut werde oder nicht. Die Leute, die studieren, kehren nicht mehr ins Amt Neuhaus zurück, da es dort keine Arbeitsplätze gebe. Dieses Phänomen gebe es nicht nur im Amt Neuhaus.

Frau Karin-Ose R. möchte wissen, ob es nicht besser wäre, das Stück Land an jemanden abzugeben, für den das Projekt Brücke nicht eine Nummer zu groß sei, wie es beim Landkreis Lüneburg der Fall sei.

LR Nahrstedt antwortet, dass er dankbar sei, dass auch der Brückenverein erkannt habe, dass der Landkreis Lüneburg allein nicht in der Lage sei, das Projekt umzusetzen. Neuhaus sei Teil von Niedersachsen geworden. Der Landkreis Lüneburg sei daher zuständig und verantwortlich, eine vernünftige Lösung zu finden.

-EKR-

TOP-Nr. 2 Eröffnung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und der Beschlussfähigkeit

Vors. Fricke eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Dem Kreistag gehören 59 Mitglieder an. Nachfolgend die Teilnehmerzahlen zum Zeitpunkt der Eröffnung der Sitzung:

Landrat	1
SPD-Fraktion	20 Mitglieder
Grüne-Fraktion	11 Mitglieder
CDU/Bündnis 21 RRP-Fraktion	16 Mitglieder
FDP-Fraktion	2 Mitglieder
Die Unabhängigen	2 Mitglieder
Die Linke	1 Mitglied
KTA Niemann	<u>1 Mitglied</u>
Insgesamt	<u>54 Mitglieder</u>

Damit ist die Beschlussfähigkeit des Kreistages gegeben.

LR Nahrstedt begrüßt KTA Michael Gaus als Nachfolger von Bernhard Stilke und damit neues Mitglied des Kreistages. Die Verpflichtung sei im Ausschuss für Finanzen, Rechnungsprüfung, Personal und innere Angelegenheiten am 03.06.2015 bereits erfolgt. Er verweist auf das Protokoll und die Vorlagen Nr.

2015/160.

Er überreicht KTA Gaus das Nieders. Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) und wünscht ihm viel Freude und Geduld für die Tätigkeit im Kreistag.

Vors. Fricke gratuliert KTA Dr. Niels Kämpny im Namen des Kreistags und der Verwaltung zum Geburtstag und überreicht ein Präsent.

Bevor Vors. Fricke mit der Tagesordnung fortfährt, spricht er einige Worte in Gedenken an die verstorbene ehemalige Kreistagsabgeordnete Lisamarie Seydelmann.

Lisamarie Seydelmann sei am 13.06.2015 im Alter von 92 Jahren verstorben. Sie gehörte dem Kreistag des Landkreises Lüneburg von 1974 bis 1976 an. Kreistag und Kreisverwaltung des Landkreises Lüneburg werden ihr Andenken in Ehren halten.

Die Mitglieder des Kreistages erheben sich für eine Gedenkminute von ihren Plätzen.

TOP-Nr. 3 Feststellung der Tagesordnung

KTA Blume verkündet, dass die CDU/Bündnis 21 RRP-Fraktion den Antrag stelle, den TOP 8 „Planung einer Elbbrücke bei Neu Darchau / Darchau“ von der Tagesordnung abzusetzen. Er begründet dies damit, dass der Kreistag noch keinen Beschluss fassen könne, da noch nicht alle Informationen vorliegen, die für eine verantwortbare Entscheidung vorliegen müssten. Wenn die Brücke zu teuer sei, müsse nach Auffassung seiner Fraktion zwingend nach Alternativen gesucht werden. Eine Suche mit ernstlichen Absichten habe bislang nicht stattgefunden. Bislang sei weder geprüft noch berichtet worden, ob sich aus dem mit dem Landkreis Lüchow-Dannenberg, der Samtgemeinde Elbtalau und der Gemeinde Neu Darchau im Jahr 2009 abgeschlossenen Vertrag über die Elbbrückenplanung rechtliche Hindernisse für einen einseitigen Beschluss, die Brücke nicht mehr planfestzustellen, ergeben. Ohne Informationen, die für den Kreistag verlässlich ausschließen, dass ein Verzicht auf das Planfeststellungsverfahren vertragliche Pflichten verletzen kann, kann der Kreistag zu diesem Thema keinen Beschluss fassen.

KTA Kamp ist verwundert über diesen Antrag und findet ihn nicht fair den anwesenden Zuhörerinnen und Zuhörern gegenüber. Die Fraktionen sollten Argumente austauschen, deswegen seien die Menschen angeleitet und das sei man ihnen schuldig. Die Begründung reiche ihm nicht aus. Zumal eine ausführliche Darstellung im Wirtschaftsausschuss erfolgt sei.

LR Nahrstedt kann den Antrag nicht verstehen und bezeichnet diesen als „abenteuerlich“. Der Landkreis Lüchow-Dannenberg hatte anfangs überhaupt kein Interesse daran, eine Brücke zu bauen. Der Landkreis Lüneburg habe dafür gesorgt, dass es überhaupt zur Planungsphase komme.

KTA Blume erinnert an einen Vertrag aus 2009, mit dem sich die vier Partner verpflichten, gemeinsam an der Planfeststellung zur Elbbrücke zu arbeiten. Er stelle sich die Frage, ob der Kreistag durch den heute beabsichtigten Beschluss gegen den Vertrag verstoße.

EKR Krumböhrer antwortet, dass dies eine inhaltliche Frage sei und daher alle Beteiligten eine Beantwortung verdient haben. Das könne aber nur dann erfolgen, wenn der Tagesordnungspunkt wie vorgesehen behandelt werde.

Vors. Fricke lässt über den Antrag der CDU/Bündnis 21 RRP-Fraktion auf Absetzung abstimmen. Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

LR Nahrstedt verkündet, dass der ursprüngliche TOP 9 „Breitbandstrategie Landkreis Lüneburg“ (Vorlage Nr. 2015/124) von der Tagesordnung genommen und zunächst noch einmal im Ausschuss für Wirtschaft, Touristik, Verkehrsplanung und ÖPNV beraten werde. Er wird unter dem TOP Bericht des Landrats im Detail auf die Entscheidung eingehen.

Die Tagesordnung wird mit der Änderung festgestellt.

TOP-Nr. 4 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung vom 01.06.2015

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 1 Enthaltung

Beschluss:

Das Protokoll wird in Form und Inhalt genehmigt.

TOP-Nr. 5 Benennung eines stellvertretenden Mitglieds für den Verwaltungsrat der GfA Lüneburg - gkAöR und den Aufsichtsrat der DIENLOG GmbH Vorlage: 2015/153

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Als stellvertretendes Mitglied für die Kreistagsabgeordnete Stefi Brockmann-Wittich im Verwaltungsrat der GfA Lüneburg – gkAöR und im Aufsichtsrat der DIENLOG GmbH wird Rolf Rehfeldt benannt.

TOP-Nr. 6 Neuwahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter bei dem Verwaltungsgericht Lüneburg für die Amtszeit vom 19. Juli 2015 bis 18. Juli 2020; Vorschlagsliste (im Stand der 1. Aktualisierung vom 20.07.2015) Vorlage: 2015/155

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

1. Das Vorschlagsrecht für die in die Vorschlagsliste aufzunehmenden Personen wird unter Anwendung des Verteilungsverfahrens nach Hare-Niemeyer gemäß § 71 Abs. 2 NKomVG wie folgt verteilt:

Gruppe der Fraktionen SPD und Grüne:	17 Wahlvorschläge
CDU/Bündnis 21 RRP-Fraktion:	10 Wahlvorschläge
Gruppe FDP/Die Unabhängigen:	2 Wahlvorschläge
DIE LINKE-Fraktion:	1 Wahlvorschlag

Für die Aufnahme in die Vorschlagsliste ist gemäß § 28 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) die Zustimmung von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder der Vertretungskörperschaft des Kreises oder der kreisfreien Stadt, mindestens jedoch die Hälfte der gesetzlichen Mitgliederzahl erforderlich.

2. In die dem Verwaltungsgericht vorzulegende Vorschlagsliste sind folgende Personen aufzunehmen:

Gruppe SPD und Grüne -17 Wahlvorschläge-

Martel Rhein, Bleckede
Dr. Cornelia Pahnke, Lüneburg
Heike Hungerecker, Adendorf
Wolfgang Bothe, Adendorf
Timo Wagner, Adendorf
Wolfgang Grimm, Bardowick
Susanne Kollmann-Schlawinski, Dahlenburg
Sabine Kamp, Dahlenburg
Nicole Bannehr, Dahlenburg
Hartmut Glodzei, Gellersen
Birgit Matthias, Gellersen
Nicole Müller, Gellersen
Angelika Schön, Ostheide
Edwin Gemmer, Scharnebeck
Renate Backhaus, Reppenstedt
Klaus-Dieter Jansen
Rolf Rehfeldt, Lüneburg

CDU/Bündnis 21 RRP-Fraktion -10 Wahlvorschläge-

Carmen Jacobi, Adendorf
Wolfgang Droste, Amelinghausen
Christiane Kröning, Bleckede
Klaus Wenk, Dahlenburg
Norbert Krause, Gellersen
Ute Klingenberg, Gellersen
Rosemarie Ebeling, Lüneburg
Rainer Ottliczky, Amt Neuhaus
Frank Büntig, Scharnebeck
Rolf Twesten, Scharnebeck

Gruppe FDP/Die Unabhängigen -2 Wahlvorschläge-

Lars von Stackelberg-Bulla, Amelinghausen

Die Linke -1 Wahlvorschlag-

Bernd Jaschke, Reppenstedt

Diskussionsverlauf:

Die FDP-Fraktion verzichtet auf die Benennung eines zweiten Wahlvorschlags

**TOP-Nr. 7 Berufung der Kreiswahlleitung für die Kommunalwahlen 2016
Vorlage: 2015/156**

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Für die Kommunalwahlen 2016 im Landkreis Lüneburg werden

- Erster Kreisrat Jürgen Krumböhmer zum Kreiswahlleiter,
 - Kreisamtmann Hermann Leitzmann zum stellvertretenden Kreiswahlleiter sowie
 - Kreisamtfrau Nicole Germ zur weiteren stellvertretenden Kreiswahlleiterin berufen.
-

**TOP-Nr. 8 Planung einer Elbbrücke bei Neu Darchau
(im Stand der 2. Aktualisierung vom 07.07.2015)
Vorlage: 2015/163**

Abstimmungsergebnis: 32 Ja-Stimmen und 24 Gegenstimmen in namentlicher Abstimmung

Beschluss:

Der Landkreis Lüneburg wird kein Planfeststellungsverfahren für den Bau einer Elbbrücke bei Darchau/Neu Darchau betreiben, weil die Finanzierung des Vorhabens die Möglichkeiten des Landkreises Lüneburgs erheblich übersteigt.

Das Raumordnungsverfahren wird zeitnah abgeschlossen.

Der Antrag der Fraktion CDU/Bündnis 21-RRP, den Landrat zu beauftragen, eine alternative Kostenschätzung und Machbarkeitsstudie auf der Grundlage einer sog. Schrägseilbrücke, wie sie in Schönebeck/Magdeburg realisiert wurde, dem Kreistag vorzulegen, wird abgelehnt.

Der Antrag der Gruppe FDP/Die Unabhängigen vom 07.07.2015 wird abgelehnt.

Diskussionsverlauf:

LR Nahrstedt führt in das Thema ein und verliest den Beschlussvorschlag. Nach der derzeitigen Kostenschätzung stehe man bei etwa 60 Mio. Euro. Das Land würde 75 %, von 45 Mio. Euro übernehmen und darüber hinausgehende Kosten habe der Landkreis zu tragen. Der Landkreis Lüneburg könne die erforderliche Summe zur Realisierung des Brückenbaus, auch im Hinblick auf die anderen Großprojekte, nicht aufbringen, so gern er das auch täte. Das Land Niedersachsen deckele die Kosten und er glaube

nicht, dass eine Nachfolgeregierung eine andere Entscheidung treffen werde. Möglicherweise würde es anders aussehen, wenn man damals vor über 20 Jahren die betroffene Landesstraße nicht zu einer Kreisstraße herabgestuft hätte. Dies sei nun nicht mehr zu ändern. Er bittet, dem Vorschlag der Verwaltung zu folgen.

KTA Kamp verliest einen Kommentar von Herrn Lühr aus der Landeszeitung zum Thema Brücke: „Die nackten Zahlen geben Rot-Grün Recht. Zwar will die Opposition im Kreistag noch den letzten Strohalm gegriffen sehen, doch wer glaubt wirklich daran, dass in fünf Jahren nach Abschluss der Planungen dieses Projekt für den Kreis finanzierbar wäre? Ernsthaft wohl niemand“. Diese Erkenntnis scheine sich mittlerweile überall durchgesetzt zu haben. Die Brücke werde erheblich teurer als gedacht, der Landkreis könne sie nicht bezahlen und niemand könne die fehlenden Millionen dazugeben. Jeder wisse, dass es nicht gehe, trotzdem seien viele frustriert, dass es mit dem Bau nicht klappe. Es wäre unvernünftig, weiter zu planen, auf einen plötzlichen „Geldsegen“ zu hoffen und die Entscheidung dem nächsten Kreistag zu überlassen. Er schätze die Gradlinigkeit LR Nahrstedts, auf sein Wort sei Verlass. Es gehe nicht um ein Taktieren, sondern um harte Fakten und Zahlen. Eine Entscheidung in der Sache sei überfällig.

Der Landeszuschuss sei auf 75% von 45 Mio. Euro gedeckelt. Es sei nicht richtig, dem Landrat vorzuwerfen, er hätte nicht mit den richtigen Akteuren zur Brückenfinanzierung gesprochen. Die SPD-Fraktion war immer für den Bau der Brücke, wenn die Kosten 10 Mio. Euro nicht übersteigen. Der Wunschtraum einer Elbbrücke sei an der harten Realität gescheitert. Es sei nicht zielführend, Vorwürfe zu erheben, dass nicht genügend getan wurde. Er bedankt sich im Namen seiner Fraktion bei LR Nahrstedt und EKR Krumböhrer für das große Engagement, nach dem verlorenen Prozess vor acht Jahren. Auch dankt er dem Brückenverein, namentlich Herrn Soest, dass eine große Zustimmung für die Brücke erreicht wurde. Es herrsche aber Einigkeit darüber, dass der Landkreis nicht in der Lage sei, die Brücke zu bauen. Die nun eingesparte Summe soll nach Vorstellungen der Mehrheitsgruppe in die Entwicklung der Fährverbindung fließen. Dieser Schritt sei besser, als Hoffnung in eine Planung zu setzen, die nicht zu realisieren sei. Er bittet um Zustimmung.

KTA Blume erinnert daran, dass in der rot-grünen Vereinbarung 2011 festgelegt wurde, dass die Entscheidung über den Brückenbau in die Hände der Bürger gelegt werde und eine Bürgerbefragung stattfinde. Man stelle dann 2012 in der Bürgerbefragung noch eine weitere Antwortmöglichkeit neben „Ja“ und „Nein“ zur Verfügung, nämlich die „Ja, aber nicht mehr als 10 Mio. Euro für den Landkreis-Alternative“. 71,9 % der Bürger im ganzen Landkreis Lüneburg wollen die Elbbrücke, ein Drittel davon bei Kosten bis zu 10 Mio. Euro. Das Raumordnungsverfahren sei nach wie vor nicht abgeschlossen. Ein fehlender Wille sei der Grund, so KTA Blume. Auch wenn der Landrat suggerieren wolle, er habe sich für die Brücke eingesetzt, stimme das nicht. Der Zeitpunkt heute sei mit Bedacht gewählt – vor der Sommerpause und vor der Kommunalwahl im nächsten Jahr. Es gehe um wahltaktisches Kalkül zum Zwecke des Machterhalts. Die Argumente gegen einen Brückenbau seien schwach. LR Nahrstedt „streue den Menschen Sand in die Augen“. Der Landrat behaupte, der Kostenanteil des Landkreises belaufe sich schon auf 30 Mio. Euro. Das stimme seiner Ansicht nach nicht.

Um die finanziellen Belastungen für den Landkreis Lüneburg beurteilen zu können, müsse man wissen, wie die Brücke aussehe, welche Maßnahmen im Zusammenhang mit ihrem Bau durchzuführen seien und welche Kosten damit verbunden seien. Dafür komme es auf die Preise an, die zum Zeitpunkt der voraussichtlichen Errichtung gelten. Diesen Kosten seien dann die Mittel gegenüber zu stellen, die der Landkreis im Zeitpunkt der Errichtung von dritter Seite einwerben könne. Erst wenn man diese Daten kenne, könne man etwas über die finanzielle Belastbarkeit des Brückenbauwerks für den Landkreis Lüneburg aussagen. Wichtig sei demnach der Zeitpunkt kurz vor Errichtung der Brücke. Mit Vorliegen des Planfeststellungsverfahrens würde sich ein zehnjähriges Zeitfenster zur Einwerbung von Mitteln und damit zur Realisierung der Brücke öffnen. Förderprogramme unterliegen einem ständigen Wandel.

Eine Aussage über die finanzielle Vertretbarkeit einer Elbbrücke könne erst getroffen werden, wenn der Planfeststellungsbeschluss vorliege. Das Planfeststellungsverfahren wäre 2020 bestandskräftig. Dann hätte der Landkreis noch 10 Jahre Zeit zu bauen. In dieser Zeit könnte alles unternommen werden, um weitere Drittmittel einzuwerben. Die geschilderten Risiken und Finanzierungslücken seien für seine Fraktion nicht

greifbar. Der Landrat argumentiere ausschließlich gegen die Durchführung des Planfeststellungsverfahrens und verschweige die Argumente, die für die Durchführung sprechen. Er dankt dem Brückenverein für das sehr große Engagement. Die CDU/Bündnis 21 RRP-Fraktion halte Wort und werde dafür kämpfen, dass die Brücke gebaut werde. Durch den heutigen Beschluss werde der Landkreis vertragsbrüchig. 700.000 – 800.000 Euro für die Fortsetzung der Planung wären gut investiertes Geld.

Im Namen der CDU/Bündnis 21 RRP-Fraktion stellt KTA Blume den Antrag auf namentliche Abstimmung.

Vors. Fricke macht KTA Blume darauf aufmerksam, dass die Redezeit überschritten wurde.

KTA Kruse-Runge merkt an, dass wer viele Worte sagt noch lange nicht Recht haben muss. Es sei unsinnig zu behaupten, es sei nicht genügend getan worden. Man müsse die Konsequenzen anerkennen. Es sei ein regionales Projekt, wie LR Nahrstedt bereits gesagt habe. Es sei zu erkennen, dass das für die Betroffenen eine Enttäuschung sei und sehr hart, dies zu akzeptieren. Auch wenn es ihr leid tue, könne man es nicht ändern. Es sei an der Zeit, sich von dem Projekt zu verabschieden und dem Ganzen ein Ende zu bereiten. Stattdessen gelte es zu überprüfen, welche Projekte wirklich benötigt werden. Sie bittet alle um Zustimmung.

KTA Plaschka erinnert an die in 2013 durchgeführte Bürgerbefragung, die ein eindeutiges Ergebnis gebracht habe. Dieses Ergebnis habe alle in seiner Eindeutigkeit überrascht und gezeigt, dass Demokratie lebe. Doch das Ergebnis wurde von der Kreistagsmehrheit umgedeutet, denn kaum waren die ersten Kostenschätzungen dem Landrat bekannt, wurde das Projekt nur noch halbherzig verfolgt. Dies sei nicht verwunderlich, habe die Grüne-Fraktion doch die Brücke nie befürwortet. Die Gruppe FDP/Die Unabhängigen zweifele nicht an den Bemühungen des Landrats, doch diese waren halbherzig. Ihre Gruppe plädiere für eine Fortsetzung der Planungen. Die Amt Neuhäuser werden nicht ernst genommen. Die Brücke sei momentan zu teuer, aber irgendwann werde ein Konjunkturpaket kommen und dann müsse man schnell handeln. Man müsse die Brückenplanung weiter vorantreiben. Sie bedanke sich bei Herrn Soest und dem Brückenverein, denn sie haben gezeigt, was gelebte Demokratie bedeute.

KTA Gödecke macht deutlich, dass Bund und Land derzeit kein Interesse an einer Finanzierung der Elbbrücke haben. Die erste Brückenplanung sei unter der CDU gescheitert und wurde gerichtlich aufgehoben. Die Grünen haben immer „Nein“ zur Brücke gesagt und immer Wort gehalten. Die SPD habe Rücksicht genommen auf den kleinen Partner. 20 Jahre lang wurde den Bürgerinnen und Bürgern suggeriert, dass eine Brücke gebaut werde. Weder SPD noch CDU hätten in dieser Hinsicht etwas erreicht. Daraus folge, dass niemals die Kraft und der Wille vorhanden waren, eine Brücke zu bauen. Die Fraktion Die Unabhängigen werde für eine weitere Planung stimmen, denn sie wolle erfahren, was eine Brücke genau koste.

KTA Stoll zweifelt, ob seitens des Landrats wirklich alles unternommen wurde, um an mögliche Fördermittel zu kommen. Die Bürgerbefragung brachte ein starkes Votum. Die Fraktion DIE LINKE habe und werde sich weiterhin für den Bau einer Brücke aussprechen. Er appelliert, die eingeplanten 10 Mio. Euro nicht insgeheim in Prestigeprojekte wie etwa den Breitbandausbau zu stecken.

KTA Schröder-Ehlers macht deutlich, dass all jene, die nach 22 Jahren immer noch von einer übereilten Entscheidung sprechen, es immer noch nicht verstanden haben. Diese Brücke soll nach derzeitigem Stand 58 Mio. Euro kosten. Alle, die bislang nach Finanzierungsmöglichkeiten gesucht haben, haben keine gefunden. Es gehe auch um die Baukosten, nicht nur die Finanzierung. Die Landkreise seien überfordert mit der Finanzierung einer solchen Brücke. Dies sei ein Projekt, das man weder bauen noch unterhalten könne. Diese Brücke werde nicht billiger werden und man müsse sich dieser Realität stellen. Eine Entschuldungshilfe würde dem Amt Neuhaus dagegen helfen, sich strukturell neu aufzustellen. Sie plädiere für eine sofortige Unterstützung des Amt Neuhauses und nicht erst in 20 Jahren. Man sollte ehrlich sein mit den Menschen, so KTA Schröder-Ehlers.

KTA Glodzei findet, dass es an der Zeit sei, den Menschen „reinen Wein einzuschenken“. Jeder wisse, dass diese Brücke nicht gebaut werden könne. Es müsse Planungssicherheit für die Neuhäuser hergestellt

werden. Bislang haben es keine Landesregierung, kein Kreistag und keine Verwaltung geschafft, die Brücke zu bauen. Dafür müsse man sich beim Amt Neuhaus entschuldigen. Das Versprechen könne nicht gehalten werden.

KTA Perschel sieht für den Landkreis Lüneburg heute die dunkelste Kreistagssitzung, wenn das Projekt Brücke abgeschlossen werde. Die breite Bevölkerung spreche sich für den Bau einer Brücke aus. Brücken sollen verbinden und im Landkreis Lüneburg sei das Gegenteil der Fall. Man Sorge dafür, dass das Amt Neuhaus ein Anhängsel bleibe.

Für **KTA Dr. Bonin** ist das Thema zu ernst, um es emotional abzuarbeiten. Er könne die Hoffnungen KTA Blumes auf eine mögliche künftige finanzielle Unterstützung verstehen, doch daran glauben könne er nicht. Er sei betrübt, dass er rational entscheiden müsse. Alle seien bei dem Thema betroffen. Er schließe sich KTA Kamps Meinung an, da sie für ihn die Richtige sei.

KTA Führinger stellt heraus, dass die Mehrheitsgruppe den im Ostkreis lebenden Menschen Schaden zufüge, denn sie werde wortbrüchig. Er könne bei einigen aus den Reihen der Mehrheitsgruppe nicht nachvollziehen, wie sie sich gegen die Wähler stellen können und hoffe auf eine Entscheidung für die Fortsetzung des Planfeststellungsverfahrens. Er appelliere an die Mehrheitsgruppe, Wort zu halten und die Planungen zum Bau der Elbbrücke fortzusetzen.

KTA Kastens nennt dies ein gutes Beispiel für die Ursache von Politikverdrossenheit, denn es sei unvorstellbar, was den Bürgerinnen und Bürgern aus dem Amt Neuhaus mit dieser Entscheidung zugemutet werde. Es sei außer Frage, dass auch die CDU in der Vergangenheit Planungsfehler begangen habe. Nun sei die SPD gefordert, das Projekt voranzubringen. Er erinnere an die schwierigen Verhandlungen des Landrats mit dem Landkreis Lüchow-Dannenberg und die mühsam erarbeiteten Ergebnisse, die nun verworfen werden sollen. Er bittet, dieses Vorgehen zu überdenken und das Planfeststellungsverfahren fortzuführen. Die Hoffnungen der Neuhäuser dürfen nicht begraben werden, ohne alle vorhandenen Möglichkeiten geprüft zu haben.

KTA Staudte kritisiert, dass die Opposition keinen einzigen Gegenfinanzierungsvorschlag anbringe. Das Wesentliche seien doch auch die Unterhaltungskosten und nicht nur die Baukosten. Das Ergebnis der Bürgerbefragung sei nicht so, wie von der CDU dargestellt. In der heutigen Situation, wo bekannt sei, dass die Brückenkosten weiter steigen werden, müsse man die 22,4 % mit Begrenzung auf 10 Mio. Euro zu den „Nein-Stimmen“ zählen. Die Behauptung, dass die rot-grüne Mehrheitsgruppe gegen das Ergebnis der Bürgerbefragung stimme, sei also falsch. Es würden im Falle des Brückenbaus beide Fähren wegfallen und Arbeitsplätze gefährdet werden. Auch wenn die Fraktion Die Grünen immer gesagt habe, dass sich die Brücke nicht rechne, sei die Fraktion heute sicher nicht am Jubeln. Es sei eine schwere Entscheidung.

KTA Hublitz hat über das Ergebnis der Bürgerbefragung lächeln müssen, selbst in Lüneburg stimmten die Menschen für den Bau einer Brücke. Er gebe zu bedenken, dass sich Berufspendler die Fährmonatskarte zwar leisten können, aber dieses nicht auf alle, etwa auf Sozialhilfeempfänger, immer zutreffe. Mit den Forderungen seines Fraktionsvorsitzenden könne er sich daher identifizieren.

KTA Wald ist der Ansicht, dass man für die Brücke einstehen müsse, wenn man Mitglied im Brückenverein e.V. ist. Das Verhalten von KTA Kamp sei ein Widerspruch. Solange das Planfeststellungsverfahren nicht abgeschlossen sei, könne man keine Aussage zu den Kosten treffen. Er werde sich gegen den Beschlussvorschlag aussprechen. Man müsse darüber nachdenken, wie die Brücke in den nächsten zehn Jahren zu realisieren sei.

KTA Peters erinnert sich, dass er kurz nach der Rückgliederung des Amt Neuhaus ebenfalls „Feuer und Flamme“ für den Bau der Brücke war. LR Schulz aus dem Landkreis Lüchow-Dannenberg habe damals die Folgekosten zu bedenken gegeben. Der Landkreis Lüneburg wäre der einzige Landkreis, der die Kosten zu tragen hätte und würde sich damit finanziell übernehmen. Das Land würde die Brücke nicht zurücknehmen, auch weil es keine GVFG-Mittel dafür gebe und es die Kosten allein tragen müsste.

KTA Kruse-Runge verdeutlicht, dass die Grünen zwar immer dazu standen, dass sie das ganze Projekt sehr skeptisch betrachten, doch einen merklichen Einfluss auf die SPD habe ihre Fraktion nicht gehabt. Dies könne sie nicht bestätigen. Sie weise auch entschieden zurück, dass ihrer Fraktion Menschen egal seien.

KTA Kamp bezieht sich auf KTA Walds Äußerung, man müsse zehn Jahre an der Brücke weiterplanen. Dies halte er für nicht angemessen und würde den Bürgerinnen und Bürgern „Sand in die Augen streuen“. Es müsse akzeptiert werden, dass keiner die Brücke bauen könne. Wenn der Brückenverein keinen Wert auf seine Mitgliedschaft lege, bitte er um Mitteilung. Er sei ein Brückenbefürworter erkenne aber, dass das Projekt nicht mehr bezahlbar sei. Er sehe den Verein nun als „Pro-Amt Neuhaus-Verein“ an.

KTA Wald entgegnet, dass man bei einer betriebswirtschaftlichen Denkweise anders entscheiden würde.

KTA Neumann gibt bekannt, dass sie im Auftrage der SPD in Bleckede gegen den Beschlussvorschlag stimmen werde.

Vors. Fricke schließt den Diskussionsteil und lässt über den Antrag der CDU/Bündnis 21-RRP-Fraktion, eine namentliche Abstimmung durchzuführen, abstimmen. Der Antrag wird vom Kreistag einstimmig angenommen.

Es werden für die namentliche Abstimmung aus den Fraktionen folgende Vertreter als Stimmzählerinnen und Stimmzähler benannt:

SPD-Fraktion:	KTA Ziemer
CDU/Bündnis 21 RRP-Fraktion:	KTA Waldau (Protokollführer)
FDP-Fraktion:	KTA Dr. Kämpny
Die Unabhängigen-Fraktion:	KTA Mues
Grüne-Fraktion:	KTA Bollmann
Die Linke-Fraktion:	KTA Stoll

FDLin Ruth verliert den Beschlussvorschlag.

Vors. Fricke lässt namentlich abstimmen.

Die Liste über die namentliche Abstimmung ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.

-EKR-

Es folgt eine Unterbrechung der Sitzung von 17.05 Uhr bis 17.15 Uhr.

**TOP-Nr. 9 Jahresabschluss und Konsolidierter Gesamtabschluss des
Landkreises Lüneburg für das Haushaltsjahr 2013, Schlussberichte
des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des
Jahresabschlusses und des Konsolidierten Gesamtabschlusses,
Entlastung des Landrats für das Haushaltsjahr 2013
Vorlage: 2015/140**

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

1. Der Jahresabschluss des Landkreises Lüneburg für das Haushaltsjahr 2013 wird gemäß § 129 Abs.1 NKomVG beschlossen.
 2. Der erzielte Jahresüberschuss des Jahres 2013 in Höhe von 843.144,80 Euro wird mit dem in der Bilanz ausgewiesenen kameralen Sollfehlbetrag verrechnet.
 3. Der Konsolidierte Gesamtabschluss des Landkreises Lüneburg für das Haushaltsjahr 2013 wird gemäß § 129 Abs. 1 NKomVG beschlossen.
 4. Dem Landrat wird für das Haushaltsjahr 2013 Entlastung erteilt.
-

**TOP-Nr. 10 Bekanntgabe der Aufnahme eines Kommunaldarlehens in Höhe von
6.000.000 Euro aus der Kreditermächtigung 2014
Vorlage: 2015/147**

Die Kreistagsmitglieder nehmen Kenntnis.

**TOP-Nr. 11 Änderung des Gesellschaftsvertrags und der Geschäftsordnung des
Aufsichtsrates der Theater Lüneburg GmbH
Vorlage: 2015/171**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich

Beschluss:

Die Vertreter des Landkreises Lüneburg in der Gesellschafterversammlung der Theater Lüneburg GmbH werden angewiesen, dem geänderten Gesellschaftsvertrag und der Geschäftsordnung des Aufsichtsrates zuzustimmen.

Diskussionsverlauf:

KTA Gödecke fragt nach einer Übersicht über die Ein- und Ausgaben des Drei-Sparten-Theaters.

Vors. Fricke bietet zunächst an, den Vorsitz abzugeben für die Dauer dieses Tagesordnungspunktes. Die Mitglieder des Kreistags sehen dafür keine Veranlassung. Er erläutert nun ausführlich den Sachverhalt und kündigt an, dass er Einsicht in die Unterlagen im nächsten Aufsichtsrat beantragen werde.

KTA Tiedemann führt aus, dass die CDU/Bündnis 21 RRP-Fraktion die Änderungen des Gesellschaftsvertrages in Bezug auf den Aufsichtsrat nicht in Ordnung findet. Sieben Mitglieder seien lediglich eine Empfehlung und keine Verpflichtung. Sie sehe die Reduzierung kritisch und als ein Zeichen fehlenden Vertrauens in bestimmte Personen.

Vors. Fricke widerspricht, dass die Anzahl von sieben Mitgliedern zu wenig sei. Es gebe mehrere Aufsichtsräte, die mit nur drei Mitgliedern besetzt seien und dies funktioniere gut. Er habe nicht den

Eindruck, dass dies Ausdruck fehlenden Vertrauens sei. Er bittet um Zustimmung.

-10-

**TOP-Nr. 12 Einrichtung von Ausbildungsplätzen zum 01.08.2016
Vorlage: 2015/133**

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Die Einrichtung der folgenden Ausbildungsplätze wird beschlossen:

- 3 Anwärterinnen/Anwärter der Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt
 - 3 Auszubildende für den Beruf der/des Verwaltungsfachangestellten
-

**TOP-Nr. 13 Antrag der Gruppe FDP/Die Unabhängigen vom 15.06.2015 (Eingang:
22.06.2015);
Karriereportal Lüneburg - Einführung der formulargestützten
Onlinebewerbung im Landkreis Lüneburg
Vorlage: 2015/167**

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschluss:

Der Antrag wird zur Vorbereitung an den Ausschuss für Finanzen, Rechnungsprüfung, Personal und innere Angelegenheiten überwiesen.

TOP-Nr. 14 Bericht des Landrats über wichtige Angelegenheiten

TOP-Nr. 14.1 Breitbandausbau

LR Nahrstedt berichtet über seinen heutigen Termin mit EKR Krumböhmer in Uelzen. Dort haben Bundes- und Landesvertreter die Breitbandförderung vorgestellt. Das Ziel sei eine flächendeckende Abdeckung mit mindestens 50 Mbit. Der Bund würde bis zu 10 Mio. Euro mitfinanzieren. Im Oktober soll das Thema Breitband dann im Ausschuss für Wirtschaft, Touristik, Verkehrsplanung und ÖPNV erneut beraten und Fragen geklärt werden. Deshalb wurde das Thema von der heutigen Tagesordnung genommen.

-01.50-

TOP-Nr. 15 Schriftliche Anfragen gem. § 17 Abs. (2) Geschäftsordnung

**TOP-Nr. 15.1 Anfrage der Gruppe FDP/Die Unabhängigen vom 22.06.15 (Eingang:
24.06.15);
Zustand der Kreisstraße Heiligenthal-Rettmer K36
Vorlage: 2015/170**

LR Nahrstedt verweist auf das Protokoll des Betriebs- und Straßenbauausschusses vom 16.06.2015. In dieser Sitzung sei das Thema ausführlich besprochen worden.

-SBU-

**TOP-Nr. 15.2 Anfrage der Gruppe FDP/Die Unabhängigen vom 24.06.15 (Eingang:
29.06.15);
Cyberangriffe auf kommunale Daten - Schutz der Datensicherheit im
Landkreis Lüneburg
Vorlage: 2015/176**

EKR Krumböhmer beantwortet die Anfrage der Gruppe FDP/Die Unabhängigen. Diese lautet wie folgt:

1. inwieweit ist der Landkreis Lüneburg vor Cyberangriffen auf Daten in der Kfz-Zulassungsstelle und in den übrigen Fachbereichen geschützt?

2. Welche Maßnahmen werden seitens der Kreisverwaltung ergriffen, um verwaltungsinterne Daten vor Cyberangriffen zu schützen?
3. Hat die Kreisverwaltung ein Konzept zur Informationssicherheit entwickelt?

Antwort:

Der Landkreis Lüneburg habe einen sehr hohen Sicherheitsstandard. Es gab bislang keinen einzigen erfolgreichen Angriff auf das Netz. Seit Anfang des Jahres sei eine Leitlinie für Informationssicherheit eingeführt worden. Es gebe mittlerweile auch eine Informationssicherheitsbeauftragte. In Zusammenarbeit mit dem Land und dem Bund gebe es eine Task Force, um innerhalb kürzester Zeit die neuesten Software Updates zu bekommen. Der Landkreis Lüneburg sei gut aufgestellt. Es gebe eine Sicherheitsanalyse und es gebe bestimmte Bereiche, die sensibel seien. Bei der Bedrohungslage, die man für einen Landkreis als realistisch einschätze, stehe man recht gut da. Gegen professionelle Hacker, die es sogar schafften, in den Bundestag einzudringen, könne sich auch der Landkreis Lüneburg nicht verteidigen.

-33-

**TOP-Nr. 16 Mündliche Anfragen aus aktuellem Anlass gemäß § 17 Abs. (3)
Geschäftsordnung**

KTA Gödecke fragt, ob die Verwaltung prüfen könne, ob nicht auch der neue Radweg zwischen Neetze und Lüneburg bei der Planung von Radschnellwegen, die von der Metropolregion Hamburg durchgeführt werde, in Frage kommen könnte.

EKR Krumböhrer antwortet, dass er sich in Göttingen den einzigen schnellen Radweg Niedersachsens angeschaut habe. Dort habe man dies nur geschafft, weil eine klare politische Aussage des Stadtrates vorlag. Göttingen habe vom Bund eine Machbarkeitsstudie gefördert bekommen und danach einen weiteren Planer zur Umsetzung beauftragt. Er greife das Thema gerne auf, auch wenn es kein einfaches Thema sei, denn auch die Kommunen müssten zustimmen.

-EKR-

TOP-Nr. 17 *Nichtöffentlich*

**TOP-Nr. 18 Bei Behandlung eines nichtöffentlichen Tagesordnungspunktes
Herstellung der Öffentlichkeit sowie Bekanntgabe der in
nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse und Schließung der
Sitzung**

Vors. Fricke schließt die Sitzung um 17.35 Uhr.
